Offener Brief von Schweizer NGO

Nein zum neuen Kriegsmaterialgesetz, Ja zu einer verantwortlichen Exportkontrolle

Wir Organisationen der Zivilgesellschaft setzen uns ein für Menschenrechte, für Entwicklung, Sicherheit und Frieden – für eine Schweiz, die ihre Verantwortung wahrnimmt und das Völkerrecht stärkt.

Deshalb lehnen wir das unverantwortliche Kriegsmaterialgesetz ab und rufen die Stimmberechtigten dazu auf, am 29. November Nein zu stimmen. Die unkontrollierte Verbreitung von Waffen führt weltweit zu Gewalt, Krieg und unermesslichem Leid.

RUAG-Granaten im Bürgerkrieg in Syrien, SIG Sauer-Sturmgewehre im Bürgerkrieg im Jemen – immer wieder landeten Schweizer Waffen in den falschen Händen. Deshalb hat die Schweiz 2022 klare Kriterien für Exportbewilligungen im Gesetz festgelegt.

Mit dem neuen Kriegsmaterialgesetz würden grundlegende Regeln für den Export von Schweizer Waffen abgeschafft und der Menschenrechtsschutz ausgehebelt:

- Als einziges Land in Europa soll die Schweiz die Nichtwiederausfuhr-Erklärungen abschaffen. Schweizer Waffen könnten so von den Empfängerstaaten ohne Auflagen weitergeleitet werden – auch an Armeen und Milizen, die damit Kriegsverbrechen begehen.
- Aufhebung des Exportverbots für kriegsführende Länder: Das Verbot von Waffenexporten an Länder, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, soll für eine Gruppe von aktuell 36 Staaten aufgehoben werden.
- Mit einer Abweichungskompetenz kann der Bundesrat die Bewilligungskriterien für Waffenexporte umgehen, indem er «ausserordentliche Umstände» und «sicherheitspolitische Interessen» geltend macht: Schweizer Waffen könnten selbst an Länder geliefert werden, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen.

Den meisten Stimmberechtigten ist noch nicht bewusst, wie extrem das neue Kriegsmaterialgesetz ist. Da die Wiederausfuhr nur noch ausnahmsweise die Zustimmung der Schweiz erfordern würde, könnten Schweizer Waffen an Israel weitergegeben und gegen Palästinenser*innen in Gaza oder im Westjordanland eingesetzt werden. Sie könnten via die Vereinigten Arabischen Emirate bei Milizen im Sudan landen, die damit Massaker verüben. Praktisch alle Länder könnten neu direkt oder indirekt Schweizer Waffen erhalten. Zynische Ausnahme: Ausgerechnet die Ukraine, die sich gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands verteidigt, soll aus «neutralitätspolitischen Gründen» weiterhin keine Rüstungsgüter erhalten dürfen.

Die Schweiz trägt Verantwortung für die langfristigen Folgen ihrer Waffenexporte und die Stabilität der internationalen Ordnung. Die Schweiz kann nicht international auf das Völkerrecht pochen, sich als Vermittlerin in Konflikten anbieten und gleichzeitig bei Waffengeschäften den Menschenrechtsschutz aushöhlen.

Das Kriegsmaterialgesetz steht im Widerspruch zu den Verpflichtungen der Schweiz im internationalen Waffenhandelsabkommen, ihre Rüstungsexporte streng zu kontrollieren, und der Uno-Agenda «Frauen, Frieden, Sicherheit», Konflikte zu verhindern sowie Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen.

Das neue Kriegsmaterialgesetz abzulehnen, heisst Verantwortung zu übernehmen. Für eine Schweiz mit einer verantwortlichen Waffenexportkontrolle, die das Völkerrecht und die Menschenrechte schützt.

Unterzeichnende Organisationen

1. Alliance Sud, Andreas Missbach, Geschäftsleiter
2. Amnesty International, Alexandra Karle, Geschäftsleiterin
3. Campax, Itziar Marañón, Geschäftsleiterin
4. Caritas Schweiz, Monika Maire-Hefti, Präsidentin
5. Demokratische Jurist*innen Schweiz (DJS), Sonja Comte, Stv. Generalsekretärin
6. femmes protestantes, Yvonne Feri, Präsidentin
7. Frauen für den Frieden, Agnes Hohl
8. Frauenbund Schweiz, Katharina Jost Graf und Pia Viel, Co-Präsidentinnen
9. Frieda. Die feministische Friedensorganisation, Virginia Köpfli, Präsidentin
10. grundrechte.ch, Viktor Györffy, Präsident
11. GSoA, Joris Fricker, politischer Sekretär
12. HEKS, Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche, Karolina Frischkopf, Direktorin
13. humanrights.ch, Marianne Aberhard, Geschäftsleiterin
14. Kampagne StopArmut, Matthieu Dobler Paganoni, Geschäftsleiter
15. Kommission Justitia et Pax, Thomas Wallimann, Präsident
16. Medico international Schweiz, Maja Hess, Präsidentin
17. Public Eye, Simon Berthoud, Co-Geschäftsleiter (Codirecteur)
18. Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Miriam Behrens, Direktorin
19. Schweizerischer Friedensrat, Peter Weishaupt, Geschäftsleiter
20. Solidar Suisse, Carlo Sommaruga, Präsident
21. terre des hommes schweiz, Brigitta Gerber, Präsidentin
22. Associazione Uniti dal Diritto, Lugano, Gabriela Viveros, Koordinatorin

Bern, 9. November 2026